

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

September 2009



Stärkere Muskeln und schärfere Zähne

Das klingt fast martialisch, jedenfalls aber richtig kampfbereit. Mit „stärkeren Muskeln und schärferen Zähnen“ soll der Staat gegenüber den Banken auftreten, wenn sich am Monatsende auf dem Gipfel zu Pittsburgh die Finanzminister der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) treffen, um eine globale Regelung zur Begrenzung der Boni von Bankmanagern zu vereinbaren. Darauf jedenfalls haben sich bei einem informellen Treffen die Finanzminister der Europäischen Union (EU) eingeschworen.

Was immer man von einer Schau der Muskeln und Zähne für die notwendigen Reformen des die Welt umspannenden Finanzsystems erwarten mag: Am wichtigsten wäre es doch wohl, wenn die Banken gezwungen würden, für die Abdeckung vor allem der riskanteren Geschäfte mehr Eigenkapital vorzuhalten. Die schützende Wirkung des Eigenkapitals kennen die Banken natürlich ohne die Nachhilfe durch die Finanzminister. Aber Eigenkapital ist teuer, weil es gebunden ist. Daher gehen die Banken sparsam damit um. In vielen Fällen zu sparsam, wie sich beim offenen Ausbruch der Finanzkrise im vorigen Herbst gezeigt hat.

Der Versuch, am Eigenkapital vorbei riskante – aber deswegen auch mit attraktiven Gewinnmöglichkeiten versehene – Geschäfte zu betreiben, ist vielen Banken zum Verhängnis geworden. Manche Rettungsaktion auf Kosten der Steuerzahler hätte nicht sein müssen, wenn die Banken beim Eigenkapital nicht so knauserig gewesen wären.

Ob Karl Marx, der geistige Vater aller Kritiker des Kapitals, so etwas geahnt hat? Das, was im Herbst 2008 geschehen ist, hat er sicherlich nicht genau so vorhergesehen. Aber die Entwicklungen zeigen eben, wie wichtig die Rolle des Kapitals im Prozess der wirtschaftlichen Wertschöpfung ist. Im Kapitalismus ist das Kapital das Herz von allem. Es darf eben nur nicht zu schwach werden.

Hans D. Barbier

Gut gebrüllt, Löwe!

Die Verlockung war groß: Die Arcandor-Pleite kostet Tausende den Arbeitsplatz, eine Millionen-summe für den leitenden Manager wird fällig und publik, der Bundestags-Wahlkampf nähert sich dem Höhepunkt – da muss man als Politiker zugreifen. „Wenn jemand, der ein insolventes Unternehmen leitet, für sechs Monate Arbeit das gesamte Gehalt für fünf Jahre bekommt, wie der Herr Eick in Höhe von 15 Millionen, dann habe ich dafür absolut kein Verständnis“, meinte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Rundfunk-Interview. Und ergänzt: „Da muss man überlegen, was man da machen kann.“

Wer ist „man“? Vermutlich die Politik, die mittels Gesetzen und Verordnungen die Dinge schon richten wird. Und warum was „machen“? Weil es „moralisch nicht in Ordnung“ sei, wie Frau Merkel meint. Nur: Wo liegt in diesem Fall der moralische Verstoß?

Die Privatbankiers des Bankhauses Sal. Oppenheim wussten um den desolaten Zustand ihrer Beteiligung bei Arcandor. Sie versuchten mittels Top-Personal zu retten, was zu retten war. Bei der Suche nach einem Retter fand sich Karl-Gerhard Eick, zu diesem Zeitpunkt Finanzvorstand bei der Deutschen Telekom AG. Er wurde für Arcandor angeheuert. Eick ahnte wohl, wie es um Karstadt, Quelle und Co. be-

stellt war und wollte ein derartiges Himmelfahrtskommando nicht ohne finanzielle Absicherung antreten. Ergo wurden entsprechende vertragliche Vereinbarungen zwischen ihm und Sal. Oppenheim ausgehandelt. Am 1. März 2009 trat Eick seinen Posten an, knapp ein halbes Jahr später folgte das Aus für Arcandor.

Nun greifen die Vertragsklauseln, und das bedeutet: Sal. Oppenheim muss 15 Millionen € zahlen – nicht aus Steuermitteln –, und Herr Eick macht damit, was immer er damit machen will. An diesem Vorgang ist nichts Verwerfliches. Die Bankiers von Sal. Oppenheim wussten um das Risiko und waren bereit, es zu tragen, und Karl-Gerhard Eick erhält die vereinbarte Risikoprämie – in einem von Vertragsfreiheit getragenen Wirtschaftssystem das übliche Vorgehen. Niemand sollte sich darüber aufregen, auch nicht, wenn im Wahlkampf der Populismus lockt.

Rückläufiges Fusionsfieber

Ob wegen der Wirtschaftskrise oder aus anderen Gründen: Die Zahl der beim Bundeskartellamt angemeldeten Zusammenschlüsse von Unternehmen ist stark zurückgegangen. Wie aus dem Bericht des Bundeskartellamtes für die Jahre 2007 und 2008 hervorgeht, meldeten 2007 noch 2 242 Unternehmen Zu-

sammenschlüsse an. 2008 waren es nur noch 1 675; das entspricht in etwa den Zahlen des Jahres 2005. Seit Beginn der Fusionskontrolltätigkeit im Jahr 1973 hat das Bundeskartellamt lediglich 175 Unternehmenszusammenschlüsse untersagt.

dip21.bundestag.de/dip21/

Kostspielige Kartellabsprachen

Was haben E.ON, Thyssen-Krupp, Hoffmann-La Roche und Siemens gemeinsam? Sie sind Kartellsünder und wurden von den EU-Wettbewerbsbehörden mit Bußgeldern belegt. Da die EU in den vergangenen Jahren massiver gegen Kartelle vorging, stiegen auch die Bußgelder wegen unerlaubter Preis- oder Konditionenabsprachen: Im Zeitraum 2000 bis 2004 hatten die Straf-gelder 3,7 Milliarden € betragen; von 2005 bis Juli 2009 waren es rund 9,5 Milliarden €.

Kartelle sind in der EU streng verboten. Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht können mit bis zu zehn Prozent des Jahresumsatzes der beteiligten Unternehmen bestraft werden. Die Bußgelder fließen in die EU-Kasse. Den Schaden, den die bestrafte Unternehmen verursacht haben, schätzt die EU-Kommission auf „mindestens 7,6 Milliarden €“.

Laut EU-Kommission gibt es keinen Trend zu mehr und höheren Strafen. Die Kommission habe 2007 für Kartellrechtsverstöße 3,34 Milliarden € kassiert; 2008 dagegen nur 2,27 Milliarden €. Im laufenden Jahr 2009 betragen die Bußgelder bislang 1,3 Milliarden €.

ec.europa.eu/competition/publications/

Freiheit statt Regelungswut

Vor Ablauf der aktuellen Wahlperiode legen Bundesregierung, Ministerien und Verbände noch einmal Gutachten und Expertisen vor, in denen ungezählte Projekte, Modellversuche und Maßnahmen auf ihren Erfolg überprüft werden. Einige dieser Bilanzen befassen sich auch mit den Kosten und Folgen, die durch die Gesetzgebung entstehen.

Regeln sind Merkmal jeder Organisation: In Unternehmen müssen Urlaubsanträge gestellt werden. Im öffentlichen Dienst sind Anträge auf Dienstbefreiung nötig, damit das kranke Kind gepflegt werden kann. „Lernstandserhebungen“ und Evaluationen in den Schulen verpflichten Lehrer zum Ausfüllen von Formularen – und, und, und.

Neben diesen Fällen gibt es die staatliche Gesetzgebung, die das Leben der Bürger besonders prägt: Der Staat ordnet an, weist zu, verfügt dieses und jenes, kurz, er lenkt und reglementiert nahezu alle Bereiche des Alltags.

Wohl deshalb stehen Deregulierung und Bürokratieabbau seit Jahrzehnten bei den politischen Akteuren auf allen staatlichen Ebenen auf der Agenda. Mal wird, wie im Jahr 2003, von einer Bundesregierung ein „Masterplan Bürokratieabbau“ initiiert. Mal schreibt der Koalitionsvertrag der Großen Koalition aus dem Jahr 2005 das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ fest. Zusätzlich wird erstmals ein „Normenkontrollrat“ mit der Aufgabe betraut, „die Bundesregierung dabei zu unterstützen, die durch Gesetze verursachten Bürokratiekosten durch Anwendung, Beobachtung und Fortentwicklung einer standardisierten Bürokratiekostenmessung auf Grund-

lage des Standardkosten-Modells zu reduzieren“.

Schnell gefunden: Überflüssige Gesetze

Darüber hinaus untersuchen vielköpfige Expertengruppen auf Landes- und Gemeindeebene Gesetze, Richtlinien und Verordnungen auf ihre Notwendigkeit; Deregulierungskommissionen und Ombudsleute sind auf der Suche nach überflüssigen Gesetzen. Sie werden immer fündig. Allein auf Bundesebene waren zum Stichtag 7. Juli 2009 rund 1 700 Gesetze mit 45 800 Einzelschriften sowie 2 700 Rechtsverordnungen mit 37 400 Einzelschriften in Kraft.

Ob das zu viele oder zu wenige Regelungen sind, ist schwer zu beurteilen. Den damit verbundenen Aufwand verdeutlichen ein paar Beispiele.

■ Meldepflichten und Genehmigungsverfahren kosten Unternehmen Arbeitszeit und binden mögliche Investitionsmittel. Großunternehmen haben Mitarbeiter, die sich nur mit den gesetzlich auferlegten Pflichten beschäftigen. Kleinere Betriebe sind damit oft überlastet. Die Wirtschaft wendet jährlich knapp 48 Milliarden € für die Erfüllung rechtlicher Vorgaben auf. Davon sind rund 22 Milliarden € allein durch den Bundesgesetzgeber verursacht.

■ In Folge der Gesetze zum Arbeitslosengeld II – auch als Hartz IV bekannt – liegen Tausende Klagen bei den Sozialgerichten aller Instanzen vor. Da ist Geduld gefragt: An Landessozialgericht dauert es derzeit bis zu 12 Monate, bevor über eine Klage entschieden wird.

■ Innerhalb der letzten Monate sind auf Initiative der Bundesregierung neue Institutionen eingerichtet worden, z.B. der Gesundheitsfonds oder der in Folge der Finanzkrise eingerichtete „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin). Immer sind Gesetze und Verordnungen erforderlich, um diese staatlichen Sondergremien zu initiieren und funktionsfähig zu halten.

■ Über weitere „Anstalten“ wird nachgedacht: Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, die im Oktober 2008 bei der Deutschen Bundesbank eingerichtete Anstalt zur Finanzmarktstabilisierung in eine „bundesunmittelbare, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen“ umzuwandeln. Die neue Bundesanstalt wiederum soll dann Abwicklungsanstalten des öffentlichen Rechts errichten können, auf die Risikopapiere und problematische Geschäftsbereiche übertragen werden.



„Lassen Sie uns die Wachstumsbremsen lösen!
Befreien wir uns von Bürokratie und
altbackenen Verordnungen!“
Angela Merkel

■ In Bezug auf Rechtssicherheit und Gleichheit vor dem Gesetz liegt ebenfalls einiges im Argen. Eine Untersuchung der Fachhochschule des Mittelstandes in Bielefeld kommt zum Ergebnis, dass 50 Prozent der Gesetze sprachlich schlicht unverständlich sind und rund ein Viertel der Verweise auf andere Normen zu komplex und unüberschaubar ausfallen. Damit werden „Recht und Gesetz“ zum Feld für Experten, Herrschaftswissen dominiert; von transparenten, für jedermann verständlichen Regelungen fehlt jede Spur.

Überreguliert und regelversessen

Alle sind sich einig: Überregulierung und Regelversessenheit schaden mehr, als sie nutzen. Diverse staatlich bestellte Kommissionen legen Listen vor, nach denen sich zahlreiche Regelungen streichen lassen, ohne dass sie jemand vermissen würde. Mehr als drei Viertel der Bürger sind überzeugt, dass zu viel politisch „geregelt“ wird. Das liegt nicht nur an der Reglementierungslust von Abgeordneten, sondern hat auch andere Ursachen:

■ Nachgeordnete Verwaltungen sind an übergeordnetes Recht – Bundesrecht, Europarecht – gebunden. Auf den unteren Verwaltungsebenen besteht kaum Spielraum, um zu deregulieren.

■ Interessengruppen versuchen, den Abbau von Regelungen zu verhindern, sobald sie eigene Interessen gefährdet sehen. Wenn beispielsweise alternative Energieträger durch das „Gesetz für den

Vorrang Erneuerbarer Energien“ (Erneuerbare-Energien-Gesetz) besonders gefördert werden, dürften Betreiber solcher Anlagen wenig Interesse an Änderungen zu ihren Ungunsten oder an der Abschaffung der Regelung haben.

■ Das Personal, das in Behörden und Ämtern das politisch Beschlossene verantwortet, muss einerseits diese Gesetze aufgrund der Dienstpflichten anwenden, wird aber andererseits wegen der Anwendung kritisiert. Das schlechte Image der Beamten und Angestellten sowie permanente Rechtsänderungen führen zu Frustration und Resignation der im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

Mehr, mehr, mehr

Den Einsichten und Erkenntnissen zum Trotz ist die Gesetzesflut nicht zum Stillstand gekommen. Im Gegenteil: „Die fleißigsten Abgeordneten aller Zeiten“ titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung Anfang Juli. In der laufenden 16. Wahlperiode wurden rund 600 Gesetze verabschiedet. Rein statistisch ein Rekord: Im Zeitraum 2005 bis 2009 wurden so viele Gesetze und Verordnungen wie noch in keiner Legislaturperiode zuvor in Kraft gesetzt.

Zahlreiche Deregulierungsversuche und Gesetzesvereinfachungen waren bislang wenig erfolgreich. Überraschen sollte das nicht, denn üblicherweise definiert der Regelsetzer, was und wo dereguliert wird. Verwaltungsvereinfachung und Zusammenlegung von Ämtern bedeuten zudem, dass zunächst neue Regelungen für neu geschaffene Be-

reiche und Instanzen beschlossen werden müssen.

Widerspruchslose Unterwerfung?

Außerdem bremst eine bemerkenswerte Hörigkeit der Bürger Fortschritte bei der Deregulierung. Eine Gesellschaft benötigt zweifellos Regeln. Regeln sollen verhindern, dass sich mächtige Einzelne mit ihren Ansichten auf Kosten schwächerer Gesellschaftsmitglieder durchsetzen. Außerdem sollen Regeln davor schützen, dass Einzelne willkürlichen Entscheidungen unterliegen. Dazu müssen Regeln allerdings möglichst allgemein formuliert sein.

Es ist wohl wenig dagegen einzuwenden, wenn sich jeder Bürger an einsichtige, klare Regeln halten soll. Wenn Politik allerdings suggeriert, dass sie alles besser kann als die Bürger und ein vermeintlich allumfassendes Regelwerk errichtet wird, und wenn die Bürger den Politikerversprechen glauben und sich den Regulierungen widerspruchslos unterwerfen, dann bleibt die Freiheit auf der Strecke. Der Einzelne ist – wie es Ludwig Erhard formuliert hat – zum „sozialen Untertan“ geworden, der er-

wartet, dass ihm gesagt wird, was er tun darf und was nicht.

Notwendig: Mentalitätswandel

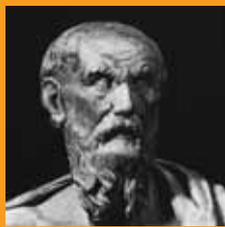
Um dem zu entkommen, müssten Politiker und Bürger den Mut aufbringen, Freiheit nicht nur plakativ zu beschwören, sondern sich auch im Handeln zu ihr zu bekennen. Von Seiten der Politik würde das bedeuten, dass nicht länger versucht wird, alles bis ins Kleinste zu regeln, was nicht zu regeln ist. Die Politik sollte den Bürgern vertrauen, dass sie für sich und ihre Familien selbst sorgen können. Die Bürger wiederum sollten sich nicht länger auf die Allzuständigkeit der Politik verlassen. Selbständiges Tun muss wieder in den Vordergrund treten.

Dieser parallele Mentalitätswandel ließe sich schnell in Gang setzen. Einerseits dadurch, dass – abseits des Ordnungsrahmens – Regelungen grundsätzlich zeitlich befristet sind. Auf der anderen Seite sind Aufklärung und Bildung notwendig: Wer Freiheit will, der muss zwischen Bevormundung und Eigenverantwortung abwägen können.

Andreas Schirmer

Normenkontrollrat

Im April 2006 hat die Bundesregierung mit dem Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung“ beschlossen, künftig mit einem unabhängigen Gremium zur Bürokratiekostenschätzung und methodischen Unterstützung zusammen zu arbeiten. Dazu wurde im gleichen Jahr das „Gesetz zur Einsetzung des Nationalen Normenkontrollrates“ (NKR) beschlossen. Am 19. September 2006 berief der Bundespräsident acht Mitglieder aus Wirtschaft und Wissenschaft – darunter Hans D. Barbier, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung – in das Gremium. Der NKR soll die Bundesregierung dabei unterstützen, bestehende Bürokratiekosten aus Informationspflichten zu reduzieren bzw. neue zu vermeiden. Anfang Juli 2009 wurde der Jahresbericht des NKR „Zwischenbilanz: Gut gestartet – Erwartungen erfüllen!“ an die Bundeskanzlerin übergeben (www.normenkontrollrat.bund.de).

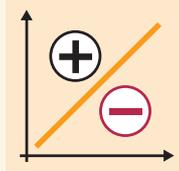


„Die Grundlage jedes Staates ist die Ausbildung seiner Jugend.“
Diogenes

IM KLARTEXT

September 2009

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im September 2009

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung -

Zum 1. September meldete die Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg 99 100 fehlende Lehrstellen. Unternehmen und Verwaltung hatten zwischen Oktober 2008 und August 2009 der BA insgesamt 436 200 Ausbildungsplätze gemeldet, 515 000 ausbildungswillige Bewerber registrierte die BA. Das sind 85 200 oder 14 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Anzahl der gemeldeten Ausbildungsplätze sank um sieben Prozent. Die Bundesregierung ist zufrieden. Der „Kooperationsverbund Jugendsozialar-

beit“ nicht. Er findet, die Bundesregierung verschleierte die Lage am Ausbildungsmarkt. Mindestens 780 000 „ausbildungsreife“ Jugendliche würden in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz suchen. Der Kooperationsverbund bezieht sich auf Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Demnach würden aktuell 348 000 anstelle der knapp 100 000 Lehrstellen fehlen.

Grund der Diskrepanz: Nur Schulabgänger, die am 30. September – dem Tag, an dem die BA ihre endgültige Ausbildungsplatzbilanz vorlegt – auf der Straße stehen, gelten als „unversorgt“. Das trifft aber nur eine Minderheit. Die meisten Bewerber landen, wenn sie am 1. September keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, im „Übergangssystem“, zum Beispiel für ein Jahr an einer Berufsfachschule. Dort, in der Warteschleife „geparkt“, zählen die Jugendlichen nicht als „ausbildungssuchend“; eine Lehrstelle haben sie trotzdem nicht. Die Folge: Jedes Jahr drängt eine beachtliche Zahl von Altbewerbern auf den Aus-

bildungsmarkt. 2008 waren das laut BIBB 320 000 junge Erwachsene.

Eigenverantwortung +/-

Leistung, Selbstverwirklichung und Sicherheit – das sind Ziele, die in der Wertehierarchie der 14- bis 24-Jährigen aktuell hoch im Kurs stehen. Gemäß einer Jugendstudie des Bundesverbandes Deutscher Banken hält jeweils mindestens die Hälfte der Jugendlichen diese Lebensziele für „sehr wichtig“. Überraschend: „Im Leben etwas leisten“ wird von den jungen Befragten sogar noch häufiger als „sehr wichtig“ (57 Prozent) angesehen als von den Erwachsenen insgesamt (45 Prozent).

Allerdings erwarten bedenkliche 52 Prozent der jungen Erwachsenen, dass vor allem die

Politik in der Lage ist, wirtschaftliche Probleme zu lösen.

Geldwertstabilität +

Ein Grund für die momentan noch relativ gute Laune der Verbraucher ist die aktuell nicht vorhandene Inflation: Nach vorläufigen Daten der Statistiker liegt die Jahres-teuerungsrate, die im Juli mi-

Verbraucherpreise

Veränderungsraten 2009, zum jeweiligen Vorjahresmonat

April	0,7 %
Mai	0,0 %
Juni	0,1 %
Juli	- 0,5 %
August	0,0 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

nus 0,5 Prozent betrug, im August bei null Prozent.

Als Inflationstreiber hatten sich 2008 die Energiepreise erwiesen. Die liegen inzwischen zwar auf viel niedrigerem Niveau: Kraftstoffe, Heizöl und Gas sind billiger geworden. Für die kommenden Monate prognostizieren Experten jedoch einen merklichen Anstieg der Energiekosten.

Lehrstellen

	Berufsausbildungsstellen gemeldet	unbesetzt
2001	601 223	76 449
2002	557 425	59 377
2003	510 743	54 577
2004	479 853	50 219
2005	427 544	50 697
2006	417 939	k.A.
2007	458 226	85 925
2008	466 681	73 631
2009	436 208	65 256

jeweils August
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Lebensziele

in Prozent	A	B
Etwas leisten	98	2
Sicherheit	95	5
Selbstverwirklichung	94	6
Hoher Lebensstandard	77	23

A: sehr wichtig/wichtig
B: weniger wichtig/unwichtig
Quelle: Bundesverband Deutscher Banken

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: CDU (innen), picture-alliance/akg
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard